

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

### **Gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit fördern - „Hartz-IV“ auf dem Prüfstand**

#### Begründung:

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich allgemein betrachtet positiv. Die Beschäftigungszahlen steigen, jedoch sind noch immer über 4 Mio. Menschen auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Tausende Menschen erhalten, trotz Arbeit, ergänzende Leistungen. Die Familien sind arm. Die Ungleichheit zwischen arm und reich wächst trotz der guten Konjunktur.

Hartz IV hat die Gesellschaft massiv verändert. Durch die Reformen wurden große Teile der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Es entstanden zusehends mehr befristete und Teilzeit-Arbeit, sodass Normalarbeitsverhältnisse ausgehöhlt wurden. Außerdem nahmen der Niedriglohnsektor und das Verarmungsrisiko zu. Dies stellt die Vorstellung einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit in Frage und hat zur Konsequenz, dass der Sozialstaat und die demokratische Grundordnung gefährdet werden.

Der durch die Koalition auf Bundesebene beschlossene soziale Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose über das Teilhabechancengesetz allein, wird die soziale Spaltung nicht überwinden. Da durch die sogenannten Hartz IV-Reformen vom 31.12.2004 der Leistungsbezug vom vorherigen Gehalt entkoppelt wurde, bedeutete dies für viele Familien und besonders Alleinstehende sozialen Abstieg in (Alters-)Armut. Davon sind besonders Kinder betroffen. Auch wenn sich in Brandenburg - anders als im Bund - die Armutsgefährdung rückläufig entwickelt hat, müssen immer noch viel zu viele Familien mit weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens auskommen.

Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, die Regelsätze und die Sanktionen zu hinterfragen. Der kleinste gemeinsame Nenner besteht in der Forderung, die Sätze zu erhöhen und die Sanktionen abzuschaffen.

Die aktuelle Debatte auf Bundesebene zur Reform beziehungsweise zur Abschaffung von Hartz IV und die aktuell laufende Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über Hartz-IV-Sanktionen bilden einen aktuellen Anlass, über Alternativen dieses Instruments zu debattieren und diese dann voranzutreiben.